

„Innenstadt wird ausgeblutet“

Opposition lehnt
Fachmarktzentrum ab

Wenig Begeisterung hat die Entscheidung des Magistrats für großflächigen Einzelhandel auf dem Gleisbauhof erwartungsgemäß bei den Vertretern der Oppositionsparteien CDU und Linke ausgelöst.

Auf dem Areal sollen bis 2010 ein Fachmarkt- und ein Freizeitzentrum sowie ein Wohngebiet entstehen. Auch für das „Postcarrée“ mit Läden, Wellness und Wohnungen am Schlachthof signalisierte Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) Zustimmung. Morgen soll der Struktur- und Umweltausschuss sein Votum für den Gleisbauhof abgeben, anschließend wird dort das Postcarrée vorgestellt.

„Ein merkwürdiges Procédere“, findet Jochen Dohn, Fraktionsvorsitzender der Linken. Er ist sich zudem sicher, dass die Pläne für ein Einkaufszentrum auf dem Freiheitsplatz damit „gestorben“ sind.

Das befürchtet auch CDU-Fraktionsvorsitzender Franz Ott. Seine Partei lehnt das Fachmarktzen-

**„Zentren
werden
Arbeitsplätze
in der City
kosten“**

demokraten ein Dorn im Auge: „Es ist mehr als fraglich, ob diese Kunden dann noch den Weg in die Innenstadt finden.“

trum am Gleisbauhof ab, insbesondere der geplante Vollsortimenter, aber auch die Sparten Fahrrad und Büro sind den Christ-

Der Schlachthof sei für einen Lebensmittelmarkt geeigneter, entsprechend betrachtet die CDU dieses Projekt wohlwollender. Doch generell sieht Ott die Gefahr, dass der Stadtrand „schnell entwickelt“ wird und die Innenstadt das Nachsehen hat. Positiver Druck werde dadurch nicht entstehen; im Gegenteil: „Ich halte das für sehr gefährlich.“

Dohn sieht das ähnlich. Er geht davon aus, dass die beiden Zentren die Innenstadt „ausbluten“, mit niedrigen Preisen Kunden anziehen und letztlich Arbeitsplätze in der City kosten werden.

Das Rathaus habe sich durch Investoren „unter Druck setzen“ lassen, erklärt sich Ott die Entscheidung für den Gleisbauhof: „Dabei hat sie doch gerade das bei der Neugestaltung des Freiheitsplatzes nie gewollt.“ Auch die CDU hatte zu diesem Thema bereits einmal ihre Meinung geändert: 2002 trug sie den ersten Beschluss für einen Bebauungsplan mit, 2005 schwenkte sie um zur Ablehnung des Projekts. Im Magistrat haben sich am Montag die drei ehrenamtlichen Mitglieder der CDU enthalten. Das sei nicht als stumme Zustimmung zu werten, sagt Ott, sondern darin begründet, dass die Vorlage nicht auf der Tagesordnung stand und die Stadträte daher keine Zeit gehabt hätten, sich vorzubereiten.

pam

El: Do, 10.11.2007